

# **DAS OBLIGATIONENRECHT**

## **Bundesgesetz**

betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches  
vom 30. März 1911

und

## **Bundesgesetz**

über die Revision der Titel XXIV bis XXXIII des Obligationenrechtes  
vom 18. Dezember 1936

**5. Teil:**

# **Die Aktiengesellschaft**

**b/l: Rechte und Pflichten der Aktionäre (Art. 660—697)**

kommentiert von

**Dr. F. Wolfhart Bürgi**

Professor an der Handels-Hochschule St. Gallen

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	XI
Abkürzungen	XII

## ZWEITER ABSCHNITT

### Rechte und Pflichten der Aktionäre (Art. 660—698)

#### Vorbemerkungen

	Art.	Seite
I. Der äußere Aufbau des Abschnittes		1
II. Die grundsätzliche Bedeutung der Revision für die Bestimmungen im zweiten Abschnitt		3
III. Gesetzlich geordnete und nicht geordnete Mitgliedschaftsrechte — — —		6
<b>A. Gewinn- und Liquidationsanteil</b>		
1. Im allgemeinen	660	7
2. Berechnungsart	661	7
I. Die Rechtsnatur des Gewinnanspruches		8
II. Das generelle Recht auf Gewinn		11
III. Der jährliche Anspruch auf Verteilung des realisierten Reingewinnes		14
IV. Das Recht auf Ausschüttung der beschlossenen Dividende .		18
<b>B. Gewinn- und Verlustrechnung. Bilanz</b>		
1. Allgemeines . . . . .	662	20
2. Stille Reserven	663	20
I. Die Revision des Bilanzrechts der AG		25
II. Der Begriff des Reingewinns		26
III. Die Ermittlung des Reingewinns der Jahresbilanz		28
IV. Die stillen Reserven		37
V. Die Gewinn- und Verlustrechnung		50
VI. Jahresbilanz und Steuerveranlagung		54
3. Einzelne Posten		
1. Kosten	664	61
2. Dauernde Anlagen	665	67
I. Die Bewertungsgrundsätze im allgemeinen		67
II. Die Bewertung des Anlagevermögens		70
3. Vorräte und andere Vermögensstücke	666	75
4. Wertpapiere	667	77
5. Grundkapital und besondere Fonds	668	83
6. Ausgegebene Obligationen	669	86
7. Andere Verpflichtungen — — — —	670	87

	Art.	Seite
<b>C. Reservefonds. I. Gesetzlicher Reservefonds</b>	<b>671</b>	<b>89</b>
I. Die Reserven der Aktiengesellschaft im allgemeinen		93
II. Die grundsätzliche Bedeutung stiller und offener Reserven — — — —		95
III. Die gesetzlichen Reserven		96
A. Allgemeine Grundlagen		96
B. Die Äufnung des gesetzlichen Reservefonds		100
C. Die Verwendung des gesetzlichen Reservefonds		114
D. Die Ausnahmegestimmungen gemäß Art. 671 Abs. 4—6 — — — —		121
E. Das intertemporale Recht		124
II. Statutarische Reservefonds		
1. Im allgemeinen	672	125
2. Zu Wohlfahrtszwecken für Arbeiter und Angestellte .	673	132
I. Allgemeine Grundlagen und Wesen des Wohlfahrtsfonds (Personalfürsorgefonds)		135
II. Die verschiedenen Arten von Wohlfahrtsfonds		141
A. Die gesetzlichen Vorschriften für die Errichtung eines Wohlfahrtsfonds		144
B. Die Rechtsform des verselbständigten Wohlfahrtsfonds		146
C. Die Stiftung als Rechtsform des Wohlfahrtsfonds		147
D. Andere Rechtsformen des Wohlfahrtsfonds		150
E. Der Abschluß eines Gruppenversicherungsvertrages — — — —		152
III. Die Durchführung und die Rechtsfolgen bei Unterlassung der Verselbständigung des Wohlfahrtsfonds		154
IV. Die Rechtsnatur der Beziehungen zwischen stiftendem Unternehmen, Arbeitnehmer und Wohlfahrtsfonds		158
V. Die Rechtsstellung der Destinatäre		159
VI. Die Verwaltung des Wohlfahrtsfonds		166
VII. Die Beaufsichtigung des Wohlfahrtsfonds		167
VIII. Der Wohlfahrtsfonds im Konkurse des stiftenden Unternehmens		172
IX. Die steuerrechtliche Begünstigung des Wohlfahrtsfonds . . . .		173
3. Verhältnis des Gewinnanteils zu den Reserveanlagen .	674	174
 <b>D. Dividenden, Bauzinse und Tantiemen</b>		
I. Dividenden	675	179
II. Bauzinse	676	180
III. Tantiemen	677	185
I. Der Inhalt des Artikels 677		187
II. Wesen und Begriff der Tantieme		187
III. Die wirtschaftliche Begründung für die Leistungen an den Verwaltungsrat (Tantieme und feste Vergütung)		188
IV. Die Voraussetzungen für die Ausschüttung von Tantiemen — — — —		189
V. Die Tantieme als Gläubigerrecht		195
VI. Die feste Vergütung des Verwaltungsrates		196
VII. Die Steuerpraxis und die Leistungen an den Verwaltungsrat		199

	Art.	Seit«
<b>E. Rückerstattungen von Zahlungen</b>		
I. Bei bösgläubigem Bezug	678	202
I. Grundlagen und Wesen der Rückzahlungspflicht gemäß Art. 678		203
II. Die besonderen Voraussetzungen für die Rückerstattungspflicht nach Art. 678		
A. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Rückerstattungspflicht nach Art. 678		205
B. Die verfahrensmäßigen Voraussetzungen für die Geltendmachung der Rückerstattungspflicht nach Art. 678		207
III. Der Gegenstand der Rückleistungspflicht		208
A. Die Rückerstattung von Dividenden		209
B. Die Rückerstattung von Bauzinsen		209
C. Die Rückerstattung von Gewinnanteilen der Verwaltung		210
D. Die Rückerstattung von anderen Leistungen		210
IV. Die Aktivlegitimation zur Erzwingung der Rückerstattung		211
A. Die Aktivlegitimation zur Beseitigung des leistungs begründenden GV-Beschlusses		211
B. Die Aktivlegitimation zur eigentlichen Rückforderungsklage		212
V. Die Passivlegitimation im Rückerstattungsverfahren		213
A. Die Passivlegitimation in der Anfechtungsklage		213
B. Die Passivlegitimation in der eigentlichen Rückforderungsklage		213
VI. Die Verjährung der Rückerstattungspflicht		214
II. Bei Konkurs der Gesellschaft	679	215
I. Allgemeine Grundlagen		215
II. Die allgemeinen Voraussetzungen der Rückerstattungspflicht nach Art. 679		216
III. Die sachlichen Voraussetzungen für die Rückerstattungspflicht		217
IV. Der Vorbehalt der allgemeinen Bereicherungsbestimmungen		218
V. Das Rückerstattungsverfahren		219
VI. Die Verjährung der Rückerstattungspflicht		220

## **F. Leistungspflicht des Aktionärs**

I. Gegenstand	680	220
I. Inhalt und Bedeutung des Art. 680		222
II. Die beschränkte Leistungspflicht des Aktionärs im einzelnen		223
III. Zuzahlungen und Nebenleistungen auf vertraglicher und freiwilliger Grundlage		227
IV. Das Einlage-Rückerstattungsverbot im einzelnen		230
II. Verzugsfolgen		
1. Nach Gesetz und Statuten	681	232
2. Aufforderung zur Leistung	682	233
I. Die rechtliche Bedeutung des Art. 681 und 682		234
II. Verzug und Nichterfüllung der Leistungspflicht		235

	Art.	Seite
III. Die Kaduzierung		
A. Allgemeine Grundlagen		238
B. Das Kaduzierungsverfahren		241
C. Die rechtlichen Folgen und Wirkungen der Kaduzierung		246
D. Die fehlerhafte Kaduzierung		253
E. Kaduzierung und Konkurs		254
Vorbemerkung zu den Art. 683—687		256
I. Inhaber- und Namenaktien im alten und neuen Aktienrecht		257
II. Die freie Wahl zwischen der Ausgabe von Namen- oder Inhaberaktien und ihre wirtschaftliche Bedeutung		258
III. Wirtschaftliche und rechtliche Kriterien für die Wahl der Aktienart		259
IV. Die nachträgliche Änderung von Inhaber- in Namenaktien und umgekehrt, insbesondere die nachträgliche Vinkulierung		260
V. Die Aktie als Wertpapier		262
VI. Die nichtverbrieften Aktienrechte		263
VII. Aktienzertifikate, Sammeltitel und andere Bescheinigungen über eine Mehrzahl von Aktienrechten		269
<b>G. Ausgabe und Übertragung der Aktien</b>		
I. Inhaberaktien	683	273
I. Die Ausgabe von Inhaberaktien		274
II. Die Übertragung von Inhaberaktien		274
II. Namenaktien		
1. Übertragung	684	287
I. Das Wesen der Namenaktien		290
II. Die Ausgabe von Namenaktien		291
III. Die Übertragung von Namenaktien		292
2. Aktienbuch	685	298
I. Allgemeine Grundlagen		298
II. Die Wirkung der Eintragung im Aktienbuch		301
III. Die Vornahme der Eintragung		303
IV. Die Bescheinigungspflicht gemäß Art. 685 Abs. 3		306
V. Die interne Legitimation durch die Eintragung und die Vinkulierung		306
3. Verweigerung der Eintragung	686	307
I. Der Inhalt des Artikels 686: die Vinkulierung		308
II. Der Anwendungsbereich der Vinkulierung		309
III. Der Zweck der Vinkulierung		309
IV. Der Stärkegrad der Vinkulierung		314
V. Der Zulassungsentscheid		318
VI. Einführung und Aufhebung der Vinkulierung		320
VII. Die Sicherheitsleistung gemäß Abs. 3		321
VIII. Die Beschränkungen der Vinkulierungsfreiheit gemäß Abs. 4		322
IX. Die gesetzlichen Vorschriften im Falle der Übernahme der Aktien durch die Gesellschaft		327
X. Die Wirkung der Vinkulierung von Namenaktien		329

## VIII

	Art.	Seite
4. Nicht voll einbezahlte Namenaktien	687	332
I. Einzahlungspflicht und Bucheintrag		333
II. Die Art der Einzahlung		334
III. Die Vorschriften des Abs. 2		335
IV. Die Pflicht zum Vermerk der weiterbestehenden Liberierungspflicht auf dem Aktientitel		336
III. Interimsscheine	688	337
I. Das Wesen der Interimsscheine		338
II. Die verschiedenen Arten von Interimsscheinen nach geltendem und nach dem alten Aktienrecht		340
Vorbemerkungen zu den Art. 689—695		
I. Inhalt und Bedeutung der Mitgliedschaftsrechte		343
II. Gliederung und Wesen der mitgliederschaftlichen Rechte gemäß Marginale H		344
III. Die Voraussetzung für die Teilnahme an der Generalversammlung		345

## H. Persönliche Mitgliedschaftsrechte

I. Teilnahme an der Generalversammlung	689	347
1. Im allgemeinen		
I. Die Teilnahme an der Generalversammlung		349
II. Die Vertretung in der Generalversammlung		351
2. Bei mehreren Berechtigten	690	362
I. Allgemeine Grundlagen		363
II. Das gemeinschaftliche Eigentum an Aktien		363
III. Die Vertretung im Falle der Nutznießung		365
II. Unbefugte Teilnahme	691	371
I. Die unbefugte Teilnahme		372
II. Die Stimmrechtsbeschränkungen		373
III. Die Einsprache gegen unbefugte Teilnahme		376
III. Stimmrecht in der Generalversammlung		
1. Grundsatz	692	380
I. Das Stimmrecht		381
II. Die statutarischen und vertraglichen Stimmrechtsbeschränkungen		385
III. Die Bestimmung des Abs. 3		391
2. Stimmrechtsaktien	693	392
I. Wesen und Bedeutung der Stimmrechtsaktien		393
II. Die Begründung von Stimmrechtsaktien		398
III. Die Formalvorschriften von Abs. 2		400
IV. Tatbestände, bei denen das Stimmrechtsprivileg für Stimmrechtsaktien ausgeschlossen ist		402
3. Entstehung des Stimmrechts	694	404
4. Ausschließung vom Stimmerwerb	695	406
I. Die gesetzlich vorgesehenen Stimmrechtsbeschränkungen	— — — —	407
II. Die subjektiven Voraussetzungen des Art. 695		407
III. Die Vorschrift des Abs. 2 über die Kontrollorgane		412

	<b>Art.</b>	<b>Seite</b>
Vorbemerkungen zu den Art. 696 und 697		413
I. Die Bedeutung der Kontrollrechte		413
II. Verhältnis von Auskunftsrecht des Aktionärs und Auskunftspflicht der Verwaltung		416
III. Das Problem einer Kontrollpflicht des Aktionärs		417
IV. Kontrollrecht der Aktionäre		
1. Bekanntgabe der Bilanz	696	417
I. Grundlagen zur Bekanntgabe der Bilanz		418
II. Der Umfang der Pflicht zur Auflegung von Informationsmaterialien		420
2. Auskunftserteilung	697	424
I. Allgemeine Grundlagen		425
II. Die Gestaltung des Auskunftsrechtes im einzelnen		425
III. Das Recht auf Einsichtnahme in Geschäftsbücher und Korrespondenz		428
IV. Das Klagerecht auf Auskunftserteilung		428
V. Die Schranken des Rechtes auf Auskunft und Einsichtnahme		430